

Welche Rolle können Kirchen bei der Verhinderung von Völkermord spielen?



14. April 2014 – Bericht zur Podiumsdiskussion in Frankfurt

Dass es in Ruanda Anfang der neunziger Jahre zu einem größeren Gewaltausbruch kommen könnte „war wirklich für jemanden, der mit offenen Augen dort lebte, nicht zu übersehen“, so Pfarrer Jörg Zimmermann, der von 1991 bis zum Völkermord 1994 als evangelischer Pfarrer in Ruanda arbeitete. „Man konnte als in Ruanda lebender Europäer gar nicht umhin mitzubekommen, dass sich da etwas Fürchterliches anbahnte.“

In Zusammenarbeit mit



Was bekamen deutsche Kirchenvertreter vor dem Beginn des Völkermords in Ruanda 1994 mit? Wie waren die lokalen Kirchen in den Völkermord verwickelt? Was können Religionsgruppen dazu beitragen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit heute zu verhindern? Diese Frage diskutierten auf Einladung von Genocide Alert am 14. April 2014 drei Experten im Haus am Dom in Frankfurt vor einem Publikum von 80 Teilnehmern. Mit Pfarrer Jörg Zimmermann diskutierten Hildegard Schürings, Expertin zum Thema der Kolonialgeschichte und der Missionierung Ruandas, und Daniel Legutke, Referent der Geschäftsstelle bei der Deutschen Kommission Justicia et Pax. Die Diskussion moderierte Gregor Hofmann von Genocide Alert.

Gefördert von der



„Das kann nicht Kirche sein, in solchen Situationen Schutzsuchende auszuliefern!“
– Teilnehmer im Publikum

Die Rolle der Kirchen während des Völkermords in Ruanda

Welche Rolle spielten Kirchen als vor 20 Jahren mehr als 800.000 Menschen in Ruanda ermordet wurden? Christliche Kirchen spielten schon lange eine wichtige

Rolle in der ruandischen Gesellschaft. Wie Hildegard Schürings in der Diskussion hervorhob, sei Ruanda ein „Erfolgsland für die Missionierung der katholischen Kirche“ gewesen. Die Kirchen hätten eine staatstragende Institution in der ruandischen Gesellschaft gehabt. Wie mehrere Experten im Publikum betonten, hätten verschiedene Kirchen eine Mitverantwortung an dem Genozid in Ruanda. Nicht nur hätten viele aktiv die ethnische Spaltung in Ruanda unterstützt – etwa sowohl die römisch-katholische Mehrheitskirche als auch die anglikanische Kirche. Es gab auch viele Kirchenvertreter, die sich am Morden beteiligt oder die Mörder zu Verstecken von Tutsi geführt hätten, sodass diese dann brutal getötet wurden. „Das kann nicht Kirche sein, in solchen Situationen Schutzsuchende auszuliefern“, kommentierte ein Teilnehmer im Publikum.



Jörg Zimmermann hob hervor, dass es seit Ende 1993 in Ruanda eine von verschiedenen Kirchenvertretern unterstützte Friedensbewegung gegeben habe, die auch von kirchlichen Vertretern unterstützt wurde. Sie sei „viel zu spät und viel zu schwach“ gewesen, aber sie habe existiert. In seiner Gemeinde hat Jörg Zimmermann zum Beispiel zusammen mit seinen Kollegen die Gemeindemitglieder mit großen Figuren der Friedensethik wie Gandhi bekannt gemacht. Silvester 1993 habe die Bewegung ökumenische Gottesdienste gehalten und am 1. Januar 1994 gab es Friedensmärsche im ganzen Land. Die größte Frage in der Friedensbewegung war, so Zimmermann: „Beteiligen wir die Kirchenchefs oder nicht?“ Die ruandische Mentalität hätte das erfordert, aber man wusste, dass diese eng mit der politischen Führung verbunden waren. Es war sehr schwer, die Autoritäten mit ins Boot zu holen, aber politisch unabhängig zu bleiben. So gab es dann auch Menschen aus dieser Friedensbewegung, die in den ersten Tagen des Genozids umgebracht worden wurden und andere, denen nachher der Vorwurf gemacht wurde, dass sie auf der anderen Seite gestanden hätten. „Diese Initiativen waren schwach, durchwachsen.“

Deutschland: War der Genozid vorhersehbar für deutsche Kirchenvertreter vor Ort?

Was wussten deutsche Kirchenvertreter vor dem Genozid? Hätten Sie mehr Alarm schlagen können? Pfarrer Jörg Zimmermann war Anfang der neunziger Jahre in Ruanda – entsandt von der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) in Wuppertal, leitete er ein Sozialzentrum in Kigali. „Dass es knallte, bekam man mit“, sagte Herr Zimmermann in einem Interview mit dem SWR. Darauf angesprochen erklärte er während der Diskussion: „Man konnte als in Ruanda lebender Europäer gar nicht umhin mitzubekommen, dass sich da etwas fürchterliches anbahnte.“ Laut Zimmermann entstand in Folge des 1990 beginnenden Bürgerkrieges ein Klima, in dem sich Teile der Hutu-Bevölkerung radikalisierten und immer mehr in Ruanda lebende Tutsi schikaniert wurden. „Wir haben tagtäglich mitbekommen wie die in Ruanda lebenden Tutsi der Schikane und der Gewalt der radikalisierten Hutu mehr und mehr schutzlos ausgeliefert waren.“ Seit dem Beginn des Bürgerkrieges im Oktober 1990 habe es lokal begrenzte Massaker gegeben. Die Dimension des Genozids hätte er sich „in seinen schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen können“, aber, dass es zu einem größeren Gewaltausbruch kommen könnte, „war wirklich für jemanden, der mit offenen Augen dort lebte, nicht zu übersehen“, so Zimmermann weiter.



„Laut zu schreien – das hätte von uns kommen müssen. Ich kann nicht von der evangelischen Kirche im Rheinland erwarten, das aus der Ferne zu tun, wenn die Leute vor Ort, die da sind, zu denen ich auch zählte, da nicht das Material liefern.“

– Pfarrer Jörg Zimmermann, 1994 für die Vereinte Evangelische Mission in Ruanda

Er berichtete damals regelmäßig in Rundbriefen aus Ruanda an ca. 220 Adressen in Deutschland, in denen er Warnzeichen beschrieb. Im Nachhinein mache er sich aber den Vorwurf, gar nicht auf die Idee gekommen zu sein, zusätzlich zu dem Rundbrief auch an das Auswärtige Amt zu schreiben. Natürlich habe er sich mit den Mitarbeitern der Deutschen Botschaft in Ruanda unterhalten damals, aber er sei nicht auf die Idee gekommen deutlich und klar zu fragen: „Leute, merkt ihr nicht, was hier vorgeht?“. Im Februar 1994, zwei Monate vor dem Genozid, sei eine seiner Mitarbeiterinnen mit ihrem Ehemann zusammen grausam ermordet worden aus dem alleinigen Grund, dass sie Tutsi war. „Ich habe das beklagt, ich habe das in den Rundbrief geschrieben. Aber, dass ich jetzt da mal hingegangen wäre und an den Präses der rheinischen Kirchen einen Brief geschrieben hätte, das ist mir nicht eingefallen.“ Viel Einfluss hätte man nicht gehabt, so Zimmermann, aber „laut zu schreien – das hätte von uns kommen müssen. Ich kann nicht von der evangelischen Kirche im Rheinland erwarten, das aus der Ferne zu tun, wenn die Leute vor Ort, die da sind, zu denen ich auch zählte, da nicht das Material liefern.“

Frau Schürings erinnerte sich in diesem Zusammenhang daran, dass sie nach Beginn des Völkermords im April 1994 den ehemaligen deutschen Botschafter in Ruanda angerufen hätte. Der sagte ihr „Ruanda interessiert niemanden.“

Nach dem Genozid stellte sich für die deutschen Kirchen gar nicht die Frage, wie mit den ehemaligen Partnern zusammengearbeitet werden sollte: Diejenigen Partner, die aktiv in den Genozid verwickelt waren, hatten nach April 1994 das Land verlassen. Diejenigen, mit denen man nach dem Genozid weitergearbeitet hat, waren meist nur noch die, denen kein Vorwurf gemacht worden war.



Lehren aus dem Völkermord in Ruanda und konkrete Vorschläge für die Zukunft

Nicht nur auf dem Podium, auch aus dem Publikum, wurde die Sorge erwähnt, dass sich Verbrechen wie in Ruanda nicht nur in der Zukunft, sondern auch gerade heute z.B. in der Zentralafrikanischen Republik wiederholen könnten. Welche Rolle können Kirchen, kirchliche Organisationen und Religionsgruppen dabei spielen, solche Verbrechen zu verhindern?

Herr Legutke führte aus, dass es in Deutschland bereits einen „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ von 2004 gäbe, der klar der zivilen Konfliktbearbeitung Priorität einräume – unter anderem auch der Förderung von politischem Dialog und der Aufarbeitung von Konflikten. Der Aktionsplan betone, dass es nicht darum geht, Konflikte zu verhindern, sondern darum, die gewaltvolle Austragung der Konflikte zu verhindern. Die Bundesregierung sei gehalten, alle zwei Jahre Umsetzungsberichte für den Aktionsplan zu verfassen. Den Plan kenne zwar kaum jemand heute, genau wie den Unterausschuss für zivile Krisenprävention, die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert diesen Umsetzungsplan aber regelmäßig. ([Der Bericht kann hier heruntergeladen werden](#)).

Wie Herr Legutke betonte, sei es die Aufgabe von Kirchen, das Friedenspotenzial, welches in Religion vorhanden sei, zu fördern. Diese Aufgabe werde bisher nicht hinreichend umgesetzt.

Herr Legutke, Frau Schürings, Herr Zimmermann und die Teilnehmer im Publikum diskutierten insbesondere vier Lehren, die sich aus Ruanda zur Rolle von Kirchen bei der Verhinderung von Völkermord und Konflikten ergeben:

► **1. Kirchen können und sollten zu einer genauen Konfliktanalyse beitragen.**

Die Referenten waren sich einig, dass es eine gemeinsame Aufgabe von Religionsgruppen sei, zu erkennen, inwiefern sie selber Teil von Konflikten sind und dazu beitragen, diese anzuheizen. Gesellschaftliche Konflikte organisierten sich häufig anhand von eigenen oder zugeschriebenen Identitätsmerkmalen, wie ethnische oder religiöse Gruppenzugehörigkeiten. Hier komme Religionsgemeinschaften häufig eine bedeutende Rolle zu.



Frau Schürings betonte aber auch, dass Religion oft für politische Zwecke instrumentalisiert werden würde – dahinter lägen fast immer politische Machtinteressen oder wirtschaftliche Interessen. So würden zum Beispiel in Nigeria Landkonflikte eine große Rolle spielen, obwohl die internationale Aufmerksamkeit auf den religiösen Aspekten des Konfliktes liegen würde. Man müsse immer genauer hinschauen. Wie auch Herr Legutke forderte, müsse man für jede Krise die Ursachen genau analysieren und dann die Mittel und Reaktionen entsprechend anpassen.

► **2. Kirchliche Organisationen können auf frühzeitige Prävention hinwirken.**

„Die beste Prävention ist immer, wenn gar nichts passiert. Aber wie möchte man nachweisen, dass nichts passiert wäre, wenn man eine Maßnahme nicht ergriffen hätte?“

– Daniel Legutke, Justicia et Pax

Können Kirchen nur reagieren wie bei der Katastrophenhilfe? Herr Legutke betonte, dass Kirchen dies zwar auch tun könnten, aber dass die Justicia et Pax schon seit einigen Jahren daran arbeitet, Mechanismen zu nutzen, um schon im Vorhinein zu sehen, wo es zu Katastrophen kommen könnte. Er nennt als Beispiel den katholischen Arbeitskreis Not- und Katastrophenhilfe, welcher im katholischen Bereich das Gremium sei, Mittel zu verteilen und zu koordinieren. Man versuche, die Strukturen von der Caritas oder von Misereor so zu nutzen, dass auch systematischer Warnzeichen gesammelt würden. Hierzu gäbe es laut Legutke noch ein gutes Stück Arbeit zu tun.

Am Beispiel der Zentralafrikanischen Republik erklärte Daniel Legutke die Relevanz von kirchlichen Strukturen für die Konfliktprävention. Entwicklungsminister Gerd Müller habe vor Kurzem, bei einem Treffen mit dem Bischof in Bangui und dem zuständigen Imam, Mittel für Soforthilfe zur Verfügung gestellt und gesagt, dass die kirchliche Strukturen die einzigen seien, die in der Zentralafrikanischen Republik noch funktionieren – er würde am liebsten alle Mittel über kirchliche Werke verteilen. Das Problem der Konfliktprävention in der Zentralafrikanischen Republik sei aber, laut Daniel Legutke, die fehlende frühe Reaktion und fehlende Informationen gewesen: Schon vor einem Jahr sei seine Organisation mit dem Bischof vom Bangui im Auswärtigen Amt gewesen. Da wurde ihnen gesagt: „Das ist französisches Einflussgebiet. Da machen wir nichts.“ Das Auswärtige Amt habe noch nicht einmal einen Botschafter da. Auch die

kirchlichen Hilfswerke in Deutschland hätten gemerkt, dass sie kaum über Informationen und Projekte in der Zentralafrikanischen Republik verfügten. Da hätten auch deutsche kirchliche Organisationen gelernt, sich mit europäischen kirchlichen Verbänden zu vernetzen.

Frau Schürings mahnte, die Reaktion auf die Gewalt in der Zentralafrikanischen Republik sei viel zu spät erfolgt. Man müsse viel früher nachdenken und sich intensiver mit gesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen. Auch in Ruanda sei es im April 1994 schon viel zu spät gewesen. Herr Legutke stimmte zu, wies aber auch auf ein grundsätzliches Problem beim Thema der Prävention hin: „Die beste Prävention ist immer, wenn gar nichts passiert. Aber wie möchte man nachweisen, dass nichts passiert wäre, wenn man eine Maßnahme nicht ergriffen hätte?“

Insgesamt stünden für Konfliktprävention in Deutschland aber auch schlichtweg zu wenig Mittel zur Verfügung. Herr Legutke verglich den Verteidigungshaushalt für das Jahr 2013 von 33 Milliarden Euro mit den Mitteln für Zivile Krisenprävention von knapp über einer Milliarde Euro.



► 3. Kirchen können interreligiösen Dialog fördern.

Der ehemalige Sondergesandte der Vereinten Nationen für das Thema der Schutzverantwortung, Edward Luck, sprach den Kirchen in der Prävention von Gräueltaten wie Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eine wichtige Rolle zu: Laut Luck haben Kirchen eine bildende Kraft für Werte, die Akteure und Regierungen zu präventiven Maßnahmen bewegen können.

Herr Legutke hob in der Diskussion den Aktionsplan des Büros des Sondergesandten für Genozidprävention der Vereinten Nationen vom November 2013 hervor. Dieser betone die wichtige Rolle von Religionsgemeinschaften und von interreligiösem Dialog. In Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik und in Mali gäbe es heute Konflikte, die sich an dieser interreligiösen Zugehörigkeit entlang sortierten. Da sei es wichtig, dass innerkirchlich gelernt würde, den ökumenischen Dialog zu fördern. Man sollte es aber nicht darauf beschränken, dass sich religiöse Führer trafen. Es sei ebenso wichtig, dass es einen „Dialog des Lebens“ gäbe – Dialoge in Nachbarschaften, die sich auf Alltagsprobleme konzentrierten. Herr Legutke nannte das Beispiel von interreligiösen Nachbarschaftsgruppen in Indonesien, die sich gemeinsam um ein Müllproblem kümmerten, um Kinderbetreuung oder Schulen. Diese Aktivitäten sollten entsprechend unterstützt werden – auch durch staatliche Institutionen. Zum Beispiel sollten kommunale Räume zur Verfügung gestellt werden. Auch in den Medien müsse die Diversität als Bereicherung wahrgenommen werden. „Was mich stört ist, dass was oft als interreligiöser Dialog

bezeichnet wird, ein Treffen von alten Männern ist, die über Islam und Christentum als Solches sprechen – da fehlt eine wichtige Komponente.“ Kirchenleitungen müssten dazu bewegt werden auch lokalen Dialog und das lokale Miteinander zu unterstützen.

Eine Teilnehmerin im Publikum warnte allerdings ihrerseits auch davor Nachbarschaftsprojekte zu explizit als interreligiöse Dialogprojekte darzustellen. Man lege so den Fokus auf die Unterschiede zwischen den Gruppen und genau diese Unterschiede könnten dann politisch missbraucht werden.

► 4. Kirchen können einen Beitrag zur Versöhnung, Vergebung und Aufarbeitung leisten.

Eine Rolle von Kirchen und kirchlichen Organisationen, die viele Teilnehmer und die Referenten während der Diskussion immer wieder erwähnten, ist die Unterstützung bei der Aufarbeitung, bei Versöhnung und Vergeben.

Daniel Legutke betonte, dass die katholische Kirche zum Beispiel über verschiedene Erfahrungsstufen gelernt habe, wie bedeutsam es sei Erinnerungen zu heilen. „Den Schmerz und das Leid wahrzunehmen, sich Geschichten anzuhören, andere Sichtweisen zu hören, zu lernen, dass Geschichten von anderen auch ihre Berechtigung haben.“ Versöhnung und Vergebung seien die Voraussetzung dafür, Racheakte und weitere Konflikte zu verhindern. Da könnten kirchliche Organisationen helfen.

Am Beispiel Ruanda diskutierten die Referenten jedoch, wie schwierig Versöhnung ist. Frau Schürings hob hervor, dass Täter zunächst erst einmal um Vergebung bitten müssten. Auch in Ruanda gäbe es noch vieles aufzuklären. Es werde noch einige Jahrzehnte dauern, bis alles aufgearbeitet werden würde. Es würde auch unterschiedliche Wahrheiten geben. Überlebenden, Flüchtlingen und Tätern hätten alle jeweils ihre eigenen Wahrheiten. Auch Herr Legutke fand, es fehle in Ruanda immer noch der Prozess der Versöhnung, ein ausreichender Prozess des Erfahrungsaustauschs. Das würde auch von der gegenwärtigen Regierung nicht gewollt.

Ein Teilnehmer im Publikum betonte, es gäbe heute eine Fülle von kirchlichen Aktivitäten in Ruanda, um zur Versöhnung und zur Heilung des Landes beizutragen. Man sollte nicht so tun, als täte sich nichts. Bis heute würden allerdings von der katholischen Kirche manche Priester gestützt, die in den Genozid verwickelt waren – z.B. in England und Italien. „Nur rückhaltlose Wahrhaftigkeit hilft den Opfern und wird der Ungeheuerlichkeit und Einzigartigkeit des Genozids gerecht.“ Bis heute unterstützten katholische Organisationen, u.a. aus Spanien, Rebellenorganisationen im Kongo, die zum Teil aus den ehemaligen Tätern des Völkermords bestünden.

Herr Zimmermann, der Unterzeichner der Versöhnungsinitiative „Bekenntnis von Detmold“ stimmte zu, dass es in Ruanda „großartige und unglaublich großzügige Zeichen der Vergebung seitens der Opfer und gegenüber der Täter“ gegeben hätte. Ganz praktisch auf seine eigene Arbeit als Pfarrer in Deutschland bezogen, stimmte er einem Teilnehmer zu, dass Kirchenvertreter in Deutschland Überlebenden bei der Seelsorge helfen könnten.

